

Beschluss des gemeinsamen Bundesausschusses der Europa-Union und  
der Jungen Europäischen Föderalist:innen vom 02.03.2024

---

**Weimarer Dreieck wiederbeleben: Ein Appell für eine deutsch-französisch-polnische Initiative**

Die überparteilichen Verbände Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäischen Föderalist:innen Deutschland plädieren für eine deutsch-französisch-polnische Regierungsklausur, die weit über die regelmäßigen Regierungskonsultationen hinausgeht. Ziel einer solchen Klausur unter Beteiligung der jeweiligen Staats- bzw. Regierungschefs und -chefinnen muss sein, dass die Länder in bestehenden Streitfragen in gemeinsamer Verantwortung für Europas Zukunft Einigungen erzielen. Diese die deutsch-französisch-polnische Zusammenarbeit behindernden Streitfragen betreffen insbesondere die militärische Unterstützung der Ukraine, die gemeinsame Beschaffung von Verteidigungsgütern, Umgang mit Kriegsfolgen und Geflüchteten, sowie Fragen der Energieversorgung und -sicherheit in Europa im Zusammenhang mit den vereinbarten europäischen Klimaschutzziele.

Die Europa-Union Deutschland und die Jungen Europäische Föderalist:innen Deutschland sprechen sich dafür aus, Polen in den deutsch-französischen Dialog einzubeziehen und auf diese Weise das Weimarer Dreieck wiederzubeleben. Die aktuelle politische Konstellation, die drei proeuropäische Regierungen sieht, sollte umgehend für wichtige europapolitische Weichenstellungen im Sinne einer Umsetzung der Empfehlungen der Konferenz zur Zukunft Europas genutzt werden, ehe das Zeitfenster sich womöglich für längere Zeit wieder schließt. Die drei Regierungen sollten die Vorschläge des Europäischen Parlaments für Vertragsänderungen aufgreifen und die notwendige Diskussion dazu ermöglichen, indem sie sich mit gemeinsamen Vorschlägen für einen europäischen Konvent einsetzen. Außerdem gilt es zur Verstärkung eines gemeinsamen europäischen Konsenses Deutschlands, Frankreichs und Polens auch den Jugend- und Kulturaustausch, die Städtepartnerschaften und das wechselseitige Lernen der Sprachen wieder zu stärken beziehungsweise mit Blick auf Deutschland und Polen überhaupt erst auf breiterer Basis zu etablieren.

Nur durch ein konzertiertes deutsch-französisch-polnisches Vorgehen kann Europa krisenfest werden. Die Sicherheit der Europäischen Union vor Russland muss auch im Falle einer Schwächung der transatlantischen Allianz zu gewährleisten sein. Neue, kraftvolle gemeinsame Initiativen machen eine nachhaltige, die Ziele der sozialen Marktwirtschaft und des Green Deal miteinander im Sinne eines stärkeren gesellschaftlichen Zusammenhalts verbindende Politik möglich. Wichtig ist dabei auch, interessierte kleinere Mitgliedsstaaten und das Europäische Parlament einzubeziehen.